

**Malediven – Europäische Gemeinschaft**

**Länderstrategiepapier**

**2007-2013**

## Inhaltsverzeichnis

ZUSAMMENFASSUNG .....	<b>4</b>
1. ZIELE DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT DER EG/EU .....	<b>5</b>
1.1. Ziele der Außenhilfe nach dem EG-Vertrag .....	5
1.2. Ziele der Außenhilfe nach anderen maßgeblichen Dokumenten ..	5
1.3. EU-Entwicklungspolitik.....	6
1.4. Raschere Fortschritte bei der Verwirklichung der Millenniums- Entwicklungsziele .....	6
1.5. Entwicklungsfinanzierung und Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit.....	7
2. POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE, SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE LAGE .....	<b>7</b>
2.1. Politische Lage .....	7
2.2. Wirtschaftliche Lage einschließlich des Handels .....	9
2.3. Soziale Lage .....	11
Regionaler Vergleich (2003).....	11
2.4. Ökologische Lage .....	13
2.5. Auswirkungen der Tsunami-Katastrophe .....	14
3. DAS POLITISCHE PROGRAMM DES EMPFÄNGERLANDES .....	<b>15</b>
3.1. Strategiedokumente der Regierung .....	15
3.2. Politische Agenda .....	16
3.3. Umweltpolitik .....	17
3.4. Regionalentwicklung und ökologische Nachhaltigkeit.....	18
3.5. Wirtschaft und Handel .....	18
3.6. Soziale Sektoren/Armutsbekämpfung.....	19
4. ÜBERBLICK ÜBER DIE BISHERIGE UND DIE LAUFENDE GEMEINSCHAFTSHILFE, IHRE KOORDINIERUNG UND KOHÄRENZ .....	<b>20</b>
4.1. Entwicklungshilfe .....	20
4.2. EG-Hilfe nach dem Tsunami .....	20
4.3. Wirtschaft und Handel .....	21
4.4. Koordinierung und Harmonisierung der Geber .....	21
4.5. Konsultation der Zivilgesellschaft und anderer Partner.....	22
5. Die HILFESTRATEGIE DER GEMEINSCHAFT (INTERVENTIONSBEREICHE).....	<b>22</b>
5.1. Schwerpunktbereich Regionalentwicklung.....	23
5.2. Nichtschwerpunktbereiche .....	24
5.3. Koordinierung mit anderen Gebern .....	25
<b>ANHÄNGE.....</b>	<b>27</b>
Annex 1. Karte der Malediven.....	277
Annex 2. Das Land auf einen Blick .....	28
Annex 3. EK Zusammenarbeit in der Periode des LSP 2000-2006.....	30
Annex 4. Geber-Matrix für Tsunami-Wiederaufbaufinanzierung.....	31
Annex 5. Landesumweltprofil .....	32

## **Abkürzungen**

ADB	Asiatische Entwicklungsbank
ECHO	GD Humanitäre Hilfe
EK	Europäische Kommission
EU	Europäische Union
BIP	Bruttoinlandsprodukt
HRCM	Menschenrechtskommission der Malediven
IF	Integrierter Rahmenplan
LDC	Am wenigsten entwickelte Länder
LSP	Länderstrategiepapier
MDG	Millenniums-Entwicklungsziele
MRP	Mehrjahres Richtprogramm
NRP	Nationales Richtprogramm
RDMO	Regionalentwicklungszentrum
SAARC	Südasiatische Vereinigung für regionale Zusammenarbeit
SAFTA	Freihandelsabkommen für Südasien
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation
UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNHCR	Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge
WTO	Welthandelsorganisation

## ZUSAMMENFASSUNG

Die Malediven sind ein Inselstaat, der aus rund 1 200 kleinen Koralleninseln besteht. Auf einem Drittel der 200 bewohnten Inseln leben aber jeweils nur weniger als 500 Einwohner. Die äußerst starke räumliche Streuung der rund 290 000 Einwohner zählenden Bevölkerung stellt die Malediven vor ganz besondere Entwicklungsprobleme. Darüber hinaus ist der Fortbestand der niedrig liegenden Inseln des Landes durch den kontinuierlichen Anstieg des Meeresspiegels infolge der globalen Erwärmung bedroht. Aus diesem Grund muss mit der Entwicklungshilfe für die Malediven ein weiteres für die EU sehr wichtiges ökologisches Ziel unbedingt erreicht werden: Es muss verhindert werden, dass das Land als erstes und sichtbarstes Opfer der globalen Erwärmung von der Landkarte verschwindet.

In den letzten zwanzig Jahren hat das Land trotz der räumlichen Zersplitterung, der Umweltprobleme, seiner äußerst geringen natürlichen Ressourcen und den fehlenden Voraussetzungen für Größenvorteile ein solides Wachstum erzielt. 2004 beschlossen die Vereinten Nationen, dass die Malediven nicht mehr zu den am wenigsten entwickelten Länder zählen sollte, und räumten ihnen eine Übergangsfrist bis zum Jahr 2010 ein. Dies wird sich wahrscheinlich in Kürze auf die Exportwirtschaft des Landes auswirken, da das Land dadurch den präferentiellen Marktzugang verliert. Problematischer sind jedoch die Folgen des Tsunami, der auf den Malediven zwar relativ wenig Menschenleben forderte, die Wirtschaft des Landes aber stark erschütterte. Der finanzielle Schaden infolge des Tsunami wurde auf 470 Mio. \$ bzw. 62 % des BIP<sup>1</sup> geschätzt. Dazu kam 2005 ein Haushaltsdefizit von rund 80 Mio. \$, das auf die stark gesunkenen Einnahmen aus dem Tourismus zurückzuführen ist. Da die Malediven nicht genügend Hilfe mobilisieren konnten, um den Bedarf des Landes zu decken, stehen sie nun vor einer Finanzierungslücke von über 150 Mio. \$.

Die Malediven haben im Vergleich zu den anderen asiatischen Ländern besonders große Fortschritte bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele gemacht und sind in diesem Bereich mit Sicherheit das führende Land in Südasien. Dennoch lebt ein großer Teil der Bevölkerung in Armut, was überwiegend auf die regionalen Unterschiede im Lebensstandard zurückzuführen ist, die eine Folge der Abgelegenheit der Inseln sowie der fehlenden Infrastrukturen und unzureichenden sozialen Dienstleistungen auf den Atollen sind.

Die Malediven stehen vor grundlegenden Verfassungsänderungen. Die vorgeschlagen Reformen, für die vor kurzem ein Fahrplan aufgestellt wurde, bieten die Möglichkeit, im Land eine Mehrparteiendemokratie einzuführen. Die Bevölkerung unterstützt die Reformen, ist aber enttäuscht, weil diese so langsam vorankommen.

Das vorliegende Länderstrategiepapier (LSP), für das 10 Mio. EUR bereitgestellt wurden, trägt der bewährten Strategie der Gemeinschaft Rechnung, die Armutsbekämpfung in den

---

<sup>1</sup> Gemeinsame Bedarfsbewertung der Weltbank, der Asiatischen Entwicklungsbank und der Vereinten Nationen bezüglich der Auswirkungen des Tsunami und des Wiederaufbaus, Januar 2005.

Vordergrund zu stellen. Die Kommission wird der Regionalentwicklung in ihrer Hilfestrategie Priorität einräumen, um die maledivische Regierung bei der Förderung größerer, sichererer, wirtschaftlich und ökologisch tragfähiger Inseln zu unterstützen, auf denen die Bevölkerung besser gegen Naturkatastrophen geschützt ist und bessere Arbeitsmöglichkeiten hat. Zusätzlich zu diesem Schwerpunktbereich wird sie die wirtschaftliche Entwicklung der Malediven unterstützen, um den Übergang des Landes zu erleichtern, wenn es den LDC-Status ablegt. Ferner wird sie die Demokratisierung und die verantwortungsvolle Staatsführung fördern, um die Malediven beim Aufbau einer echten Demokratie zu unterstützen.

## 1. ZIELE DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT DER EG/EU

### 1.1. Ziele der Außenhilfe nach dem EG-Vertrag

Gemäß Artikel 177 EG-Vertrag fördert die Gemeinschaft durch ihre Politik auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer, deren harmonische schrittweise Eingliederung in die Weltwirtschaft und die Bekämpfung der Armut. Die Entwicklungspolitik der Gemeinschaft trägt dazu bei, das allgemeine Ziel einer Fortentwicklung und Festigung der Demokratie und des Rechtsstaats sowie das Ziel der Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu verfolgen.

Auf der Grundlage von Artikel 179 EG-Vertrag wurde im Dezember 2006 ein neues Instrument für Entwicklungszusammenarbeit (DCI) geschaffen. Im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit können die Malediven an den aus dem DCI finanzierten Kooperationsprogrammen teilnehmen.

Der EG-Vertrag sieht ferner vor, dass die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten ihre Politik auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit koordinieren und ihre Hilfeprogramme, auch in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen, abstimmen. Bei der Ausarbeitung und Umsetzung anderer politischer Konzepte, die Entwicklungsländer betreffen, ist dafür Sorge zu tragen, dass die Entwicklungspolitik der Gemeinschaft berücksichtigt wird.

### 1.2. Ziele der Außenhilfe nach anderen maßgeblichen Dokumenten

In der Mitteilung der Kommission „Europa und Asien – Strategierahmen für vertiefte Partnerschaften“ (KOM(2001) 469) werden die folgenden sechs Ziele genannt: 1.) Beitrag zu Frieden und Sicherheit in der Region und weltweit durch ein größeres Engagement in der Region; 2.) weiterer Ausbau der Handels- und Investitionsbeziehungen mit der Region; 3.) Unterstützung der Entwicklung der weniger wohlhabenden Länder der Region und Bekämpfung der wichtigsten Ursachen der Armut; 4.) Beitrag zum Schutz der Menschenrechte und zur Verbreitung von Demokratie, verantwortungsvoller Staatsführung und Rechtsstaatlichkeit; 5.) Aufbau globaler Partnerschaften und Allianzen mit den Ländern Asiens in geeigneten internationalen Gremien, damit diese die mit der der Globalisierung verbundenen Herausforderungen

bewältigen und die dadurch gebotenen Chancen nutzen können und wir unsere gemeinsamen Anstrengungen zur Bewältigung globaler Umwelt- und Sicherheitsprobleme verstärken können; 6.) Beitrag zur Sensibilisierung der asiatischen Länder für Europa (und umgekehrt).

Nach der Verordnung (EWG) Nr. 443/92 vom 25. Februar 1992 (Artikel 9 in Verbindung mit den Artikeln 14 und 15) sind für die finanzielle, technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Gemeinschaft mit Asien und Lateinamerika mehrjährige Programme aufzustellen. Dazu werden Länderstrategiepapier (LSP) und Nationale Richtprogramme (NRP) erstellt. Während in den LSP die Lage und der Bedarf in einem Partnerland analysiert und Prioritäten bzw. der Schwerpunkt der Zusammenarbeit festgelegt werden, werden in den NRP spezifische Bereiche für die Unterstützung der Gemeinschaft ausgewiesen. Die NRP bilden die Grundlage für die Ermittlung der Maßnahmen, die vor der Finanzierung und Durchführung von Projekten oder anderen Hilfemaßnahmen ergriffen werden müssen. Das vorliegende LSP soll durch ein MRP (2007-2013) ergänzt werden. Beide werden zu gegebener Zeit einer Halbzeitbewertung unterzogen.

### 1.3 EU-Entwicklungspolitik

In der gemeinsamen **Erklärung der Kommission, des Rates und des Europäischen Parlaments über die Entwicklungspolitik der Europäischen Union** vom 20. Dezember 2005 werden der politische Rahmen wie auch die gemeinsamen Ziele und Grundsätze für die Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der Kommission im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit dargelegt. Im zweiten Teil der Erklärung wird erläutert, wie die Entwicklungspolitik auf Gemeinschaftsebene umzusetzen ist.

### 1.4 Raschere Fortschritte bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele

In ihrer Mitteilung über die beschleunigte Verwirklichung der entwicklungspolitischen Millenniumsziele<sup>2</sup> vom 12. April 2005 zieht die Kommission über den EU-Beitrag zur Entwicklung Bilanz und beschreibt die für eine raschere Verwirklichung der MDG erforderlichen Maßnahmen. Sie beabsichtigt Folgendes: 1.) Festlegung neuer Zwischenziele für die Aufstockung der öffentlichen Entwicklungshilfe der EU und der Mitgliedstaaten bis zum Jahr 2010, so dass das für 2015 angestrebte Ziel von 0,7 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) schließlich erreicht wird; 2.) Beschleunigung der Reformen zur Verbesserung der Qualität der Hilfe; 3.) erneute Prüfung des Einflusses der EU auf die Entwicklungsvoraussetzungen und 4.) vorrangige Förderung Afrikas im Rahmen dieser Konzepte, wobei der Partnerschaft zwischen den beiden Kontinenten neue Impulse verliehen werden sollen. Ihre Vorschläge zur Entwicklungsfinanzierung und Politikkohärenz erläutert die Kommission in zwei anderen Mitteilungen. Damit leistet sie einen Beitrag zu den drei Säulen der nachhaltigen Entwicklung (Wirtschaft, Soziales und Umwelt).

---

<sup>2</sup> KOM(2005) 132 endg.

## 1.5 Entwicklungsfinanzierung und Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit

In ihrer Mitteilung vom 12. April 2005 über die Entwicklungsfinanzierung und Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit<sup>3</sup> zeigt die Kommission die Mittel auf, mit denen bis 2010 Zwischenziele bei der Aufstockung der ODA-Mittel erreicht und bis 2015 Fortschritte in Richtung auf das UN-Ziel von 0,7 % des BNE gemacht werden können. Sie geht auf neue Formen der Hilfe und innovative Finanzierungsquellen ein, und macht Vorschläge, wie nach der HIPC-Initiative noch ungelöste Verschuldungsprobleme von Ländern mit niedrigem Einkommen überwunden werden könnten. Ferner regt sie eine neue Festlegung der EU-Verpflichtungen bezüglich der globalen öffentlichen Güter an. Die glaubwürdige Umsetzung des kürzlich vereinbarten EU-Rahmenkonzepts und der Ergebnisse des jüngsten Hochrangigen Forums über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit und die Gewährleistung der Komplementarität der Hilfemaßnahmen werden von ihr als wichtigste Herausforderung im Bereich der Koordinierung und Harmonisierung erachtet. Außerdem bedarf es eines größeren Engagements für die Reform des internationalen Finanzsystems.

## 2. POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE, SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE LAGE

### 2.1. Politische Lage

Die Malediven sind eine Republik mit einem Parlament und einer starken Exekutive. Da die Einwohner des Landes überwiegend Moslems sind, stehen die Gesetze mit der Sharia in Einklang. In der seit 1968 bestehenden Republik gibt es ein Ein-Kammer-Parlament (Majlis) mit fünfzig Mitgliedern, von denen 42 vom Volk gewählt und acht vom Präsidenten ernannt werden. Das Präsidialamt ist die mächtigste politische Institution. Der Präsident ernennt die Mitglieder des Kabinetts und der Judikative. Er ist nicht nur Staats- und Regierungschef, sondern auch Oberkommandierender der Streitkräfte, Verteidigungsminister, Finanzminister und Gouverneur der Zentralbank. Frauen verfügen über ein aktives und passives Wahlrecht bei allen Wahlen und für alle öffentlichen Ämter, mit Ausnahme des Amtes des Staatschefs.

Die gegenwärtige Verfassung, die 1998 in Kraft trat, sieht keine unabhängige Gerichtsbarkeit vor, so dass diese von der Exekutive beeinflusst werden könnte. Der Präsident kann die Entscheidungen des Obersten Gerichts revidieren. Da er bei der Ernennung und Entlassung von Richtern nicht die Bestätigung des Parlaments benötigt, kann er Einfluss auf die Judikative nehmen.

Präsident Gayoom, der 1978 erstmals gewählt wurde, wurde bereits sechsmal in Folge Staats- und Regierungschef. Nachdem die Öffentlichkeit nachdrücklich Reformen gefordert hatte, kündigte Gayoom im Juni 2004 wichtige Verfassungsreformen an, mit deren Hilfe die Malediven eine Mehrparteiendemokratie werden könnten. Seit 2004 kam

---

<sup>3</sup> KOM(2005) 133 endg.

es aufgrund der Enttäuschung über das langsame Reformtempo zu inneren Unruhen. Die internationale Gemeinschaft<sup>4</sup> hat daher auf eine Beschleunigung der Reformen gedrängt.

Im März 2006 gab die Regierung „einen Fahrplan für die Reformagenda“ heraus, mit dem sie einen ehrgeizigen Zeitplan für Maßnahmen zur Stärkung der verantwortungsvollen Staatsführung, des Schutzes der Menschenrechte, der Unabhängigkeit der Judikative, der Rolle der Medien sowie zur Modernisierung des Wahlsystems und zur Entwicklung eines Mehrparteiensystem aufstellte.

Dieser Fahrplan enthält wirksame Maßnahmen zur Stärkung des demokratischen Systems. Seine wichtigste Komponente ist die Zusage, dass 2008 Wahlen mit einem neuen Mehrparteiensystem abgehalten werden sollen.

Seit dem Sommer 2006 ermöglicht der britische High Commissioner (Botschafter) in Colombo Kontakte zwischen der Regierung und der wichtigsten Oppositionspartei, der Maldivian Democratic Party (MDP), um eine parteienübergreifende Zusammenarbeit und die Vorbereitung eines Entwurfs der künftigen Verfassung zu unterstützen. Dies führte insbesondere zur Aufhebung des Hausarrests, der über die wichtigsten Oppositionsführer verhängt worden war.

Die Menschenrechtsverletzungen im Lande geben nach wie vor Anlass zu großer Sorge. In vielen Bereichen sind die persönlichen Freiheitsrechte, einschließlich der Meinungs- und Religionsfreiheit, eingeschränkt. Die willkürlichen Festnahmen, die Isolationshaft und die mangelnde Unabhängigkeit der Justiz werfen ebenfalls Probleme auf. Zwar wurde bei der Gründung der nationalen Menschenrechtskommission den „Pariser Grundsätzen“ der UN Rechnung getragen, die die Unabhängigkeit dieser Kommission von der Regierung gewährleisten, doch da der Gesetzesentwurf zur Bestätigung ihres rechtlichen Status von Regierungsausschüssen blockiert wurde, ist die Menschenrechtskommission praktisch machtlos. Im Oktober 2004 unterzeichneten das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und die Regierung eine Erklärung über die Kontrolle der Haftbedingungen. Im Januar 2005 veröffentlichte Amnesty International einen Bericht, in dem auf schwere physische und psychische Misshandlungen hingewiesen wurde.

Im Einklang mit dem Fahrplan der Regierung für die Reformagenda ratifizierten die Malediven im September 2006 den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR), das Fakultativprotokoll zum ICCPR und den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR), um die Menschenrechte besser zu schützen und internationalen Standards Rechnung zu tragen. Ende 2006 unterzeichneten die Regierung und das UNDP einen Plan zur Stärkung der nationalen Menschenrechtskommission.

---

<sup>4</sup> Die EU gab am 6. September eine diesbezügliche Erklärung ab und das Europäische Parlament nahm am 15. September eine EntschlieÙung zu diesem Thema an. Die EU, der Commonwealth, die USA und Indien üben weiterhin auf diplomatischer Ebene Druck aus.



## 2.2. Wirtschaftliche Lage einschließlich des Handels

Die Malediven sind als kleine Volkswirtschaft, die weitgehend vom Tourismus und der Fischerei abhängig ist, durch externe Schocks gefährdet. Die niedrig liegenden Inseln des Landes sind in besonderem Maße durch Naturgefahren bedroht, was sich auch am Wirtschaftsabschwung nach dem Tsunami im Dezember 2004 zeigte. Da das Land nicht über genügend natürliche Ressourcen und Bodenschätze verfügt, hängt praktisch die gesamte Wirtschaft stark von Einfuhren und damit auch von Deviseneinnahmen ab. Eine intensive landwirtschaftliche Erzeugung ist aufgrund der sehr kalkhaltigen Böden nur begrenzt möglich. Alle Grundnahrungsmittel sowie alle für die Deckung des Grundbedarfs und den Tourismus erforderlichen Güter müssen eingeführt werden.

Trotz der natürlichen Nachteile hat das Land in den letzten zwanzig Jahren ein solides Wirtschaftswachstum erzielt, das im Wesentlichen der Entwicklung des Tourismus und der Fischerei zu verdanken ist. Der Tourismussektor verzeichnete ein starkes Wachstum (von 195 000 Touristen im Jahr 1990 auf 617 000 Touristen im Jahr 2004). Derzeit erwirtschaftet diese Branche 33 % des BIP, bietet ein Viertel aller Arbeitsplätze und erzielt über 60 % der gesamten Deviseneinnahmen des Landes.

Außerhalb Males und der Touristeninseln ist die Fischerei der wichtigste Wirtschaftszweig. 19 % der gesamten Erwerbsbevölkerung des Landes sind in diesem Sektor beschäftigt, der zwar die zweitwichtigste Devisenquelle des Landes ist, aber nur 6 % des BIP erwirtschaftet. Die wichtigsten Fischereieexporte sind frischer Thunfisch und Thunfischkonserven. Der Industriesektor – vor allem Bekleidungsindustrie, Schiffbau und Handwerk – trägt rund 15 % zum BIP bei.

<b>Malediven, Außenhandel</b>						
<b>Jahr</b>	<b>Einfuhren</b>	<b>Jährliche Veränderung (%)</b>	<b>Ausfuhren</b>	<b>Jährliche Veränderung (%)</b>	<b>Saldo</b>	<b>Einfuhren + Ausfuhren</b>
<b>2000</b>	<b>420</b>		<b>82</b>		<b>-338</b>	<b>502</b>
<b>2001</b>	<b>436</b>	<b>3,9</b>	<b>85</b>	<b>4,2</b>	<b>-351</b>	<b>522</b>
<b>2002</b>	<b>412</b>	<b>-5,6</b>	<b>96</b>	<b>12,6</b>	<b>-316</b>	<b>508</b>
<b>2003</b>	<b>415</b>	<b>0,7</b>	<b>100</b>	<b>3,9</b>	<b>-315</b>	<b>514</b>
<b>2004</b>	<b>517</b>	<b>24,8</b>	<b>99</b>	<b>-0,9</b>	<b>-419</b>	<b>616</b>
<b>Durchschnittliches jährliches Wachstum</b>		<b>5,4</b>		<b>4,9</b>		<b>5,3</b>

Die Vereinten Nationen beschlossen im Dezember 2004, die Malediven nicht länger den am wenigsten entwickelten Ländern zuzurechnen, und räumten ihnen eine dreijährige Übergangsfrist bis November 2007 ein. Angesichts der kurz- und mittelfristigen Verluste infolge des Tsunami beschlossen die Vereinten Nationen am 30. November 2005, den Beginn der Übergangsfrist auf 2008 zu verschieben. Mittelfristig wird der „Verlust“ des LDC-Status das Land vor zusätzliche Herausforderungen stellen, da es dadurch den präferentiellen Marktzugang verliert.

Vor dem Tsunami wies die Wirtschaft insgesamt ein rasches Wachstum auf, das insbesondere dem Tourismus, der Fischerei und der Bauwirtschaft zu verdanken war und 2004 zu einem Anstieg des realen BIP um 9 % führte. Allgemein wurde damit gerechnet, dass dieser Trend anhalten würde. Der Tsunami verursachte jedoch Schäden, die von der Weltbank auf rund 62 % des BIP<sup>5</sup> geschätzt werden. Am schlimmsten traf es die Tourismus-, Fischerei- und Verkehrsinfrastrukturen. Bezüglich der für die Erholung der Wirtschaft und den Wiederaufbau erforderlichen Mittel<sup>6</sup> ist derzeit eine Finanzierungslücke von über 150 Mio. \$ festzustellen. Zudem hat die Regierung für 2005 ein nicht auf den Tsunami zurückzuführendes Haushaltsdefizit ausgewiesen, das sich auf 12 % des BIP beläuft. Mittelfristig wird das die Malediven vor große wirtschaftliche Probleme stellen.

Sobald die Malediven nicht mehr als eines der am wenigsten entwickelten Länder behandelt werden, könnten sie einen Teil ihres „Potentials“ verlieren, da die Diversifizierung der Exporte künftig durch den Wegfall der mit dem LDC-Status verbundenen Vorzugsbedingungen eingeschränkt werden könnte. Die EG hat die maledivische Regierung durch ein Projekt zum Kapazitätenaufbau für die Entwicklung der Handelspolitik unterstützt, um das Fachwissen der betreffenden Stellen zu erhöhen, sodass diese die Position des Landes in den WTO-Verhandlungen besser verteidigen können.

In der DDA-Runde der WTO-Verhandlungen werden derzeit die künftigen Rahmenbedingungen für den multilateralen Handel ausgearbeitet, die auch für die Malediven gelten (z. B. GATS-Verhandlungen und -Regeln). Das Land muss die fachlichen Kapazitäten aufbauen, die es als Mitglied des internationalen Handelssystems benötigen wird, um die damit verbundenen Verpflichtungen einhalten und die entsprechenden Chancen nutzen zu können. Die Verhandlungen über den Dienstleistungsverkehr werden für das Land angesichts seiner Entwicklungsziele in den Bereichen Tourismus, Informationstechnologie, Offshore-Bankwesen und Umweltschutz sehr wichtig sein.

Ein besonders wichtiges Instrument zur Förderung der am wenigsten entwickelten Länder ist der Integrierte Rahmenplan (IF). Damit wird die Entwicklung des Handels dieser Länder unterstützt, damit er als Wachstumsmotor wirken kann. Auf den Malediven bildet der Integrierte Rahmenplan seit Dezember 2005 die Grundlage für die systematische Berücksichtigung handelspolitischer Fragen im nationalen Entwicklungsplan der Regierung. Außerdem soll er die Koordinierung der handelsbezogenen technischen Hilfe zur Deckung des ermittelten Bedarfs erleichtern. Im Juli 2005 wurden die ersten Maßnahmen zur Umsetzung des Rahmenplans in Angriff genommen. Die Kommission wird als Mittler auftreten, um die Gebergemeinschaft in den IF-Prozess einzubinden und die Geberleistungen zu koordinieren. In dieser Funktion wird sie sich auch bei der

---

<sup>5</sup> Gemeinsame Bedarfsbewertung der Weltbank, der Asiatischen Entwicklungsbank und der Vereinten Nationen bezüglich der Auswirkungen des Tsunami und des Wiederaufbaus, Januar 2005.

<sup>6</sup> Vgl. Gemeinsame Bedarfsbewertung der Weltbank, der Asiatischen Entwicklungsbank und der Vereinten Nationen bezüglich der Auswirkungen des Tsunami und des Wiederaufbaus, Januar Februar 2005.

maledivischen Regierung für eine weiterhin rasche Umsetzung des Rahmenplans einsetzen.

Was den regionalen Handel anbelangt, so konnte die maledivische Regierung eine weitere Behandlung als LDC im Rahmen des Freihandelsabkommens für Südasiens (SAFTA) aushandeln. Dadurch erhält das Land weiterhin einen präferenziellen Zugang zu den Märkten der anderen SAFTA-Mitglieder und wird für Einbußen bei den Staatseinnahmen aufgrund der Handelsliberalisierung entschädigt.

### 2.3 Soziale Lage

Die Malediven haben im Vergleich zu den anderen asiatischen Ländern besonders große Fortschritte bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele gemacht und sind derzeit in diesem Bereich mit Sicherheit das führende Land in Südasiens. 2003 lag die Alphabetisierungsquote der weiblichen Bevölkerung ab 15 Jahren bei 97 % und in den letzten dreißig Jahren stieg die Einschulungsquote in den Primarschulen rasch von 38 % auf 92 %. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung verbesserte sich erheblich und die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt stieg seit 1970 von 50 Jahren auf 68 Jahre (2003). Die Vereinten Nationen warnen jedoch, dass es aufgrund des Wirtschaftsabschwungs, der durch die langsame Erholung des Landes vom Tsunami im Jahr 2004 ausgelöst wurde, für die Malediven sehr schwer werden könnte, die Millenniums-Entwicklungsziele mittelfristig zu erreichen.

Regionaler Vergleich (2003)

<i>Land</i>	<i>BIP-Wachstum</i>	<i>Anteil der Industrie an der Wirtschaft (%)</i>	<i>Lebenserwartung in Jahren</i>	<i>Alphabetisierungsquote Erwachsene (%)</i>	<i>Einschulung (%)</i>		<i>Kindersterblichkeitsrate /1000 &gt;1 Jahr</i>
					<i>Primarschulen</i>	<i>Sekundarschulen</i>	
<b>Malediven</b>	<b>8,5</b>	<b>18</b>	<b>68</b>	<b>97,2</b>	<b>92,4*</b>	<b>51,4*</b>	<b>17,6*</b>
Bangladesch	5,3	27,1	62,4	43,1	85,1*	44,5*	46
Bhutan	6,7	10	63,5	42,2	84,3	9	70
Indien	8,6	28,4	63,4	59,5	83*	48*	63
Nepal	3,1	20	60,2	45,2	70*	33*	61
Pakistan	5,1	24,1	64,1	45,7	46	45	74
Sri Lanka	5,9	26,2	74	92,3	98	70	13

\* 2002

**Quellen: Weltbank, CIA, UNICEF, UNESCO, UNSTATS.**

Die Armut ist auf den Malediven in erster Linie auf die regionalen Unterschiede im Lebensstandard zurückzuführen, die wiederum mit der Abgelegenheit der Inseln sowie fehlenden Infrastrukturen und unzureichenden sozialen Dienstleistungen auf den Atollen zusammenhängen. Frauen sind besonders davon betroffen, da sie aufgrund der kulturellen Leitbilder ihres Landes nur begrenzt zu anderen Inseln reisen können, um dort zu arbeiten oder eine Ausbildung zu erhalten. Die Ökosysteme der Inseln sind sehr stark bedroht. Die Umweltschäden können dazu führen, dass Inseln unbewohnbar werden und stärker von

Naturkatastrophen bedroht sind; außerdem wirken sie sich negativ auf wichtige Wirtschaftszweige wie den Tourismus und die Fischerei aus.

Das Land weist derzeit zwar eines der höchsten Pro-Kopf-BIP in Südasien auf, doch das Einkommen ist sehr ungleich verteilt. Fast die Hälfte der Bevölkerung verdient weniger als 1,25 \$ pro Tag und drei Viertel der Einwohner erzielen ein Durchschnittseinkommen von 1,60 \$ pro Tag.<sup>7</sup>

Die Bevölkerung der Malediven ist relativ jung, da 44 % der Einwohner noch keine 14 Jahre alt sind.<sup>8</sup> Das Angebot an Primarschulen ist angemessen, aber es gibt zu wenig Sekundarschulen, vor allem auf den abgelegeneren Atollen. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen steigt, was zum einen in der schlechten Ausbildung der Arbeitssuchenden und zum anderen in der begrenzten Zahl der Arbeitsplätze begründet liegt. So überrascht es nicht, dass der Drogenmissbrauch mittlerweile ein großes Problem auf den Malediven darstellt, das insbesondere junge, arbeitslose Männer betrifft.<sup>9</sup> Drei Viertel der Strafgefangenen<sup>10</sup> verbüßen Haftstrafen für Drogendelikte. Nun müssen die Behörden eine Strategie entwickeln, um das Problem zu lösen.

Da in dem kleinen Land Arbeitskräfte knapp sind, bieten die Arbeitgeber attraktive Löhne und Arbeitsbedingungen. Es gibt keine nationalen Rechtsvorschriften für den Bereich Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Das Recht, einer Gewerkschaft beizutreten, wird nicht anerkannt, aber es gibt ohnehin keine Gewerkschaften auf den Malediven. Außerdem ist das Land nicht Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation.

Der Kampf gegen HIV/Aids wird als Querschnittsaufgabe in der Programmplanung systematisch berücksichtigt. Dies lässt sich insbesondere an der politischen Agenda der Regierung für den Bereich HIV/Aids und den Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit ablesen, ist aber auch an der Bedeutung zu erkennen, die dem Thema im Partnerland beigemessen wird. Die EK bewertet in ihrer Hilfestrategie die Risiken und Chancen, die in den vorgeschlagenen Schwerpunktbereichen für die Bekämpfung von HIV/Aids wie auch von anderen Krankheiten bestehen.

Die HIV/Aids-Problematik wird dadurch verschärft, dass die Drogenabhängigkeit ein großes soziales Problem auf den Malediven darstellt, das in Angriff genommen werden muss. Diese sozialen Faktoren wirken sich in allen Entwicklungsbereichen aus und führen unter anderem zu Problemen bezüglich der verantwortungsvollen Staatsführung.

---

<sup>7</sup> „Poverty in South Asia 2003: Civil Society Perspectives“, South Asia Alliance for Poverty Eradication (SAAPE), Oktober 2003.

<sup>8</sup> Quelle: CIA Statistik 2005.

<sup>9</sup> „Rapid situation assessment of drug abuse in Maldives 2003“, UNDP/FASHAN/UNESCAP.

<sup>10</sup> „Report on the criminal justice system of the Republic of Maldives: proposals for reform“, University of Pennsylvania Law School, Bericht für das UNDP.

## 2.4. Ökologische Lage

Die Ökosysteme der Malediven sind sehr fragil und störungsanfällig. Die äußerst starke räumliche Streuung der Bevölkerung stellt die Malediven vor ganz besondere Entwicklungsprobleme. Da viele Inseln nur einen Meter über dem Meeresspiegel liegen, sind der Klimawandel und der kontinuierliche Anstieg des Meeresspiegels Anlass zu großer Sorge und es kommen sogar Befürchtungen auf, das Land könne verschwinden. Umweltfragen sind für die Malediven daher von höchster Bedeutung und werden folglich in den meisten Politikfeldern systematisch berücksichtigt. Das Land hat strenge Umweltgesetze erlassen, verfügt aber nicht über die erforderlichen technischen Kapazitäten, um sie effektiv durchzusetzen. Die zahlreichen Empfehlungen und Strategien verschiedener Entwicklungshilfeeinrichtungen werden nicht eigenverantwortlich umgesetzt.

Die wichtigsten Wirtschaftszweige, Tourismus und Fischerei, sind zu 100 % auf die empfindlichen Korallenriffe angewiesen. Strenge nationale Vorschriften, vor allem für Tourismusgebiete, stellen den Schutz dieser kostbaren Ressource sicher. Der Boden der Inseln ist zu schlecht für eine intensive Landwirtschaft, aber es wurden einige Hydrokulturbetriebe aufgebaut, um eine bescheidene inländische Nahrungsmittelerzeugung zu ermöglichen.

Auf den Malediven gibt es nicht genügend natürliche Ressourcen. Außerdem ist Trinkwasser knapp, sodass rund ein Viertel der Bevölkerung und alle Tourismusgebiete auf die Entsalzung von Meerwasser angewiesen sind. Da es keine inländische Energiequelle gibt, ist das Land auf Öleinfuhren für sein Verkehrswesen und die Energieerzeugung (für den Bedarf der Bevölkerung und der Touristen) angewiesen. Die Sicherheit und die Diversifizierung der Energieversorgung sind für die Malediven lebenswichtig. Die geringste Unterbrechung der Öllieferungen oder auch nur ein geringer Anstieg der Ölpreise haben schwerwiegende Auswirkungen auf die Lage der Bevölkerung und die Wirtschaft.

Durch die steigende Abhängigkeit des Landes von den Öleinfuhren, die seine wichtigste Energiequelle darstellen, ist es durch externe Schocks wie z. B. steigende Ölpreise stark gefährdet. Daher misst die Regierung in ihrer Umweltstrategie nun der Sondierung nachhaltiger Energiequellen besondere Bedeutung bei. Als Energieträger könnten vor allem Sonne, Wind, Biomasse und biologisch abbaubare Stoffe von Interesse sein.

Viele Gemeinschaften auf den 200 bewohnten Inseln leben aufgrund der Übervölkerung und/oder Umweltproblemen wie Erosion, Desertifikation und zu Ende gehenden Wasserreserven in großer Not und Bedürftigkeit. Die Armut und der Mangel auf den Malediven werden durch geographische Faktoren verschärft, die höhere Kosten für die Projektarbeit und das Monitoring zur Folge haben und beides erschweren. Zudem entstand durch das Nebeneinander von rasch expandierenden modernen Wirtschaftszweigen (insbesondere auf Male) und der Subsistenzwirtschaft (auf den Atollen) eine duale Wirtschaft, die es für die Regierung noch schwieriger macht, die Armut wirksam zu bekämpfen.

Was den Landbesitz angeht, so stehen auf den Malediven Küstengrundstücke im Eigentum von Gemeinschaften. Da das Land aus kleinen, niedrig liegenden Koralleninseln besteht, ist unter „Küste“ in diesem Zusammenhang das gesamte Land der

einzelnen Inseln und die sie umgebende Lagune bis hin zur Außenkante des Riffs zu verstehen. Die Gemeinschaften, die auf den Inseln leben, betrachten die Lagune und die umliegenden Riffe als festen Bestandteil ihrer Küsten. So gibt in diesen „Küstengebieten“ zwar Häuser und landwirtschaftliche Flächen, doch das übrige Land – Strand, Lagune und Riff – ist Eigentum der Gemeinschaft und wird von allen genutzt. Der Zugang zu den Stränden wirft keine Probleme auf, da die Häuser etwas weiter zurückliegen. Der Schutz des Strands wird als Aufgabe der Gemeinschaft betrachtet.

## 2.5. Auswirkungen der Tsunami-Katastrophe

Der Tsunami traf die Malediven im Dezember 2004 in einer schwierigen Phase ihrer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Das Land wurde damals von politischen Unruhen erschüttert, da die Regierung Oppositionsführer (darunter auch Mitglieder der verfassunggebenden Versammlung) festnehmen ließ, die gegen die unzureichenden Fortschritte bei der versprochenen Verfassungsreform protestiert hatten. Das Land stand kurz vor den Parlamentswahlen, die am 31. Dezember stattfinden sollten und für die bereits internationale Wahlbeobachter eingetroffen waren. Zudem hatten die Vereinten Nationen gerade beschlossen, die Malediven nicht mehr als eines der am wenigsten entwickelten Länder zu behandeln, und dem Land eine Frist bis November 2007 eingeräumt, um seine Wirtschaft an die neuen Verpflichtungen anzupassen.

Die Folgen des Tsunami gingen weit über die offensichtlichen Schäden hinaus. Ein Drittel der Bevölkerung war direkt betroffen, und 29 000 Menschen mussten ihr Heim verlassen. Häuser, Ferienanlagen, Boote und andere Fischereiausrüstungen, Schulen, Gesundheitseinrichtungen, Verkehrs- und Kommunikationsausrüstungen sowie Infrastrukturen für die Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung und Stromerzeugung wurden stark beschädigt. Auch bei den Ackerkulturen und Baumbeständen waren große Zerstörungen festzustellen.

Die Umweltschäden infolge des Tsunami machten deutlich, wie gefährdet die niedrig liegenden Inseln durch Naturkatastrophen sind. Zu einem bestimmten Zeitpunkt war das gesamte Land überflutet. Das fragile Ökosystem des Landes war einer großen Belastung ausgesetzt, und auch die Verkehrs- und Kommunikationssysteme waren stark beschädigt. Die Einwohner der Inseln waren auf internationale Hilfe angewiesen, da ihre Trinkwasser- und Nahrungsmittelvorräte durch Salzwasser kontaminiert waren. Die maledivische Bevölkerung betrachtet nun die Isolation der Inselgemeinschaften mit großer Sorge und viele Menschen wollen daher lieber auf den größeren Inseln leben, die über bessere Infrastrukturen verfügen und mehr Sicherheit bieten.

Die Malediven sind das Land, dessen Wirtschaft am stärksten durch den Tsunami geschädigt wurde. Die beiden wichtigsten Wirtschaftszweige, Tourismus und Fischerei, wurden empfindlich getroffen. Die Schäden und Verluste infolge der Katastrophe wurden auf 470 Mio. \$, d. h. 62 % des BIP, geschätzt. Außerdem musste die Regierung für 2005 einen Einbruch bei den Tourismuseinnahmen vermelden. Dem Land fehlen nun etwas mehr als 150 Mio. \$ für den Wiederaufbau. Schätzungen des IWF zufolge sank das BIP 2005 um 3,6 %, da ein Drittel weniger Touristen kamen, was geringere Deviseneinnahmen zur Folge hatte. Für 2005 ist von einem Leistungsbilanzdefizit in

Höhe von 27 % des BIP auszugehen. Bei einem Haushaltsdefizit von 12 % im Jahr 2005, das 2006 in einer ähnlichen Größenordnung liegen könnte, wird die Finanzpolitik immer schwieriger.

Die Malediven stehen nun vor einer großen Herausforderung: Sie müssen ihre frühere wirtschaftliche Position wiedererlangen und sich darauf vorbereiten, dass sie ab November 2010 nicht mehr als LDC behandelt werden.

Im politischen Bereich änderte der Präsident seine Haltung und rief zur Einheit auf. Er begnadigte alle Personen, die festgenommen worden waren, und kündigte an, dass Ende 2005 Verfassungsreformen durchgeführt werden sollten. Bei den auf Januar 2005 verschobenen Parlamentswahlen erzielten die Reformkräfte einen beträchtlichen Stimmenzuwachs. Inzwischen wurden, wenn auch langsam, einige politische Reformen durchgeführt. Mitte 2005 wurde ein Mehrparteiensystem geschaffen.

### 3. DAS POLITISCHE PROGRAMM DES EMPFÄNGERLANDES

#### 3.1. Strategiedokumente der Regierung

Die derzeitige Entwicklungsstrategie der Regierung stützt sich auf drei zentrale Dokumente: Vision 2020, den Siebten nationalen Entwicklungsplan (2006-2010) und den strategischen Wirtschaftsplan.

Im Jahr 2000 stellte die Regierung ihre langfristige Entwicklungsstrategie *Vision 2020* vor. Diese spiegelt das Entwicklungsziel der Malediven wider und gibt dafür erforderliche Impulse. Die Malediven wollen „*ein Entwicklungsland, das im oberen Bereich der Länder mit mittlerem Einkommen angesiedelt ist, mit einer diversifizierten Wirtschaft, einem leistungsfähigen Bildungs- und Gesundheitswesen, sozialer Gleichheit, gleichen Rechten von Frauen und Männern, einer verantwortungsvollen demokratischen Staatsführung, Gerechtigkeit, Frieden und Sicherheit*“<sup>11</sup>.

Mit dem Siebten nationalen Entwicklungsplan (2006-2010) werden sechs weit gespannte Ziele verfolgt:

1. Verringerung der Bedürftigkeit und Armut durch humane Entwicklung und Ausbau der Beschäftigungsmöglichkeiten;
2. Verbesserung der Möglichkeiten, Chancen und Dienste zu nutzen, durch Regionalentwicklung und Förderung der Bevölkerungsverdichtung;
3. Erreichung eines höheren Entwicklungsstands als vor dem Tsunami durch raschen Wiederaufbau;
4. Förderung einer verantwortungsvollen Staatsführung durch Stärkung der Justizorgane, der Verwaltung, politischer Institutionen und der Zivilgesellschaft;
5. Förderung einer nachhaltigen und gerechten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung durch die Diversifizierung der Wirtschaft und Förderung der sozialen Verantwortung von Unternehmen;
6. Stärkung der Familienwerte und der nationalen Einheit durch Bemühungen um soziale, kulturelle und religiöse Harmonie.

---

<sup>11</sup> Vorwort zum Siebten nationalen Entwicklungsplan, 2001-2005.

Der 2001 vom International Trade Institute of Singapore (ITS) erarbeitete Strategische Wirtschaftsplan für die Malediven soll die wichtigsten wirtschaftlichen Triebkräfte und die mit ihnen verbundenen Chancen und Risiken, geeignete nationale Strategien zur Erzielung eines raschen Wirtschaftswachstums und Möglichkeiten für eine Diversifizierung der Wirtschaft aufzeigen. In diesem Plan wird empfohlen, das künftige Wirtschaftswachstum der Malediven auf ein holistisches Cluster-Konzept zu stützen, in das sowohl traditionelle Sektoren (Tourismus, Fischerei und Landwirtschaft), die erweitert und modernisiert werden müssen, als auch neue Wirtschaftssektoren (Hafen- und Logistikdienste, Informations- und Kommunikationstechnologien, Offshore-Bankwesen und Finanzdienstleistungen) eingebunden und integriert werden.

Zusätzlich zu den genannten drei zentralen Dokumenten stellte die Regierung einen gesonderten Aktionsplan auf, um eine möglichst rasche Erholung des Landes von der Tsunami-Katastrophe im Dezember 2004 zu unterstützen. Der Nationale Wiederaufbauplan (NRRP) enthält folgende Ziele und Prioritäten: Katastrophenhilfe zur Unterstützung der Überlebenden bei der Bewältigung der unmittelbaren Folgen der Katastrophe; Erholung der Volkswirtschaft und Wiederherstellung der Existenzgrundlagen der Gemeinschaften, Verbesserungen in Schlüsselsektoren der Wirtschaft und Wahrung der makroökonomischen Stabilität; Stärkung der lokalen Gemeinschaften, damit diese aktiv an der Wiederherstellung der Existenzgrundlagen mitwirken können; Umweltschutz, um empfindliche Meeresökosysteme zu schützen und wiederherzustellen und um die Katastrophenvorsorge und die Schadensbegrenzung zu verbessern; öffentliche Dienstleistungen, um den Zugang der Bevölkerung zu grundlegenden Diensten wiederherzustellen.

### 3.2. Politische Agenda

Im Juni 2004 kündigte Präsident Gayoom grundlegende Verfassungsreformen an, die in eine echte Demokratie münden sollten. Die vorgeschlagenen Reformen beinhalten die Trennung von Judikative und Exekutive, die Zulassung der Kandidatur von Frauen für das Präsidentenamt, die Beschränkung der Amtszeiten des Präsidenten, die Erweiterung der Befugnisse des Parlaments und der Judikative sowie die Einführung eines Mehrparteiensystems und einer unabhängigen nationalen Menschenrechtskommission. Parallel dazu prüft die Regierung das Strafvollzugs- und das Justizsystem, und beabsichtigt beide, entsprechend den in neueren Untersuchungen<sup>12</sup> ausgesprochenen Empfehlungen, dem Einfluss der Exekutive zu entziehen.

Die Reformen kommen jedoch aufgrund politischer Zwänge nur langsam voran. Die EU hat die politischen Parteien zur Teilnahme an diesem Prozess aufgefordert. Im September 2004 schuf die Regierung eine vom militärischen Sicherheitsdienst unabhängige nationale Polizei. Die nationale Menschenrechtskommission wurde im Dezember 2004 eingesetzt. Im Juni 2005 stimmte das Parlament erstmals in über fünfzig Jahren einstimmig für die Einführung eines Mehrparteiensystems. Präsident Gayoom veröffentlichte im März 2006 einen Fahrplan für wichtige Maßnahmen zur Stärkung der

---

<sup>12</sup> Berichte der australischen Strafvollzugsbehörden und kriminologische Studien.



verantwortungsvollen Staatsführung. Diese Reformen werden von der internationalen Gemeinschaft unterstützt, und so fördert das Commonwealth-Sekretariat ihre Umsetzung und tritt als Mittler auf.

### 3.3. Umweltpolitik

Der Umweltschutz ist eine nationale Priorität der Malediven. Die Umweltpolitik der Regierung wird in den Dokumenten „Vision 2020“ und dem „Sechsten nationalen Entwicklungsplan“ dargelegt. Die Regierung berücksichtigt den Umweltschutz in verschiedenen Sektoren.

Seit 1987 macht das Land auf internationaler und regionaler Ebene nachdrücklich auf die spezifischen Gefahren für kleine Inselentwicklungsländer und niedrig liegende Küstengebiete aufmerksam. Es vertritt die Auffassung, dass globale Umweltfragen wie die globale Erwärmung und der Anstieg des Meeresspiegels globale Lösungen erfordern, und verlangt daher von der internationalen Gemeinschaft ein echtes Engagement und wirksame Maßnahmen, um die Umwelt gefährdeter Staaten zu schützen.

Der wichtigste Rechtsakt für den Umweltschutz auf den Malediven, der auch den institutionellen Rahmen festlegt, ist das Gesetz über den Schutz und die Erhaltung der Umwelt, das Bestimmungen über die Wahrung der Artenvielfalt, die Verwaltung von Naturschutzgebieten, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Abfallbewirtschaftung und die grenzüberschreitende Beförderung von Sondermüll enthält.

Die Malediven führen derzeit ihren zweiten nationalen Umweltaktionsplan (NEAP II) 1999 durch. Sie haben seit dem ersten NEAP beträchtliche Fortschritte in den Bereichen Umweltschutz und Umweltbewirtschaftung erzielt, da sie einen rechtlichen und institutionellen Rahmen für den Umweltschutz schufen. Die wichtigsten im NEAP II vorgesehenen Strategien reichen von der kontinuierlichen Bewertung der Umweltbedingungen auf den Malediven bis hin zur finanziellen Unterstützung und engagierten Zusammenarbeit, um die effiziente und kostengünstige Durchführung des Aktionsplans zu ermöglichen. Zu den zahlreichen Prioritäten des Aktionsplans zählen beispielsweise die Urbanisierung und der Klimawandel.

Da Umweltfragen als nationale Priorität betrachtet werden, gibt es ein entsprechendes Fachministerium (Ministerium für Umwelt, Energie und Wasser). Ferner wurden ein Umweltschutzreferat und eine hochrangige nationale Kommission für Umweltschutz eingerichtet. Die Strategie der Regierung hat aber auch einige Schwachstellen. Die Maßnahmen in den Bereichen Umweltplanung, -bewirtschaftung und -erhaltung werden nicht genügend mit den Strategien anderer Ministerien und Behörden abgestimmt. Außerdem gibt es keinen Plan mit klaren Zeitvorgaben und Angaben zu den benötigten Mitteln, der mit den Arbeitsplänen der verschiedenen Fachministerien und Fachabteilungen abgestimmt ist.

Seit 2005, also nachdem der Tsunami im Dezember 2004 die Zerstörungen angerichtet hatte, verstärkt die Regierung ihre Anstrengungen im Bereich der Regionalentwicklung. Eine ihrer obersten Prioritäten ist nun die Entwicklung größerer und sichererer Inseln, auf denen die ökologische Nachhaltigkeit besser gewährleistet ist, damit dort der Großteil der Bevölkerung leben kann. Der wichtigste Teil dieser Strategie (siehe Abschnitt 3.3) soll bis 2012 vollständig umgesetzt werden.

### 3.4. Regionalentwicklung und ökologische Nachhaltigkeit

1998 legte die Regierung eine Regionalentwicklungspolitik<sup>13</sup> fest, um die Bevölkerung zur Abwanderung auf größere Inseln zu bewegen und die Migration in die überbevölkerte Hauptstadt Male einzudämmen. Die kleinen, verstreuten Inseln wurden als Ursache für die Armut und als Entwicklungshemmnis bezeichnet.

2002 legte die Regierung ein Programm auf, das Anreize für die freiwillige Abwanderung auf größere Inseln bieten sollte. Langfristig sollte auf diese Weise die Zahl der bewohnten Inseln verringert und die Bevölkerung in kleineren Siedlungsgruppen auf fünf Regionalentwicklungszentren (RDMO) konzentriert werden, die jeweils aus einer „Schwerpunktinsel“ (focus island) und „Hauptinseln“ (primary islands) bestehen sollten. Im Laufe der Zeit sollte jedes Regionalentwicklungszentrum die Kontrolle über die lokalen Finanzmittel und die Verantwortung für die Planung in der betreffenden Region erhalten. Jede „Schwerpunktinsel“ sollte die nachhaltige soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung sicherstellen und Anreize für eine freiwillige Wiederansiedlung bieten. Die sozialen und physischen Infrastrukturen dieser Inseln sollten verbessert werden, um ein größeres Interesse an einer Wiederansiedlung zu wecken. Außerdem sollte es möglicherweise feste Landverbindungen und/oder Kommunikations- und Verkehrsverbindungen zwischen den Inseln geben. Ferner waren Anreize für Investitionen des Privatsektors in allen Wirtschaftszweigen vorgesehen. Die Regierung schlug zudem vor, in Absprache und Zusammenarbeit mit derzeitigen und künftigen Bewohnern dieser Inseln lang- und mittelfristige Strategien und Landnutzungspläne zu entwickeln.

2005 verbesserte die Regierung ihre Regionalentwicklungspolitik unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der Tsunami-Katastrophe. Sie verfolgt nun das Ziel, mindestens eine „Schwerpunktinsel“ oder „sichere Insel“ für jedes Atoll zu schaffen. Jede dieser Inseln soll Küstensicherungsanlagen, Naturschutzgebiete, eigens angelegte höher gelegene Gebiete und besser gebaute Gebäude aufweisen. Die Umsetzung dieser Politik wurde beschleunigt und wird voraussichtlich 2012 zum Abschluss gebracht werden.

### 3.5. Wirtschaft und Handel

Im Einklang mit den Empfehlungen des Strategischen Wirtschaftsplans (siehe Abschnitt 3) konzentriert sich die Regierung auf ein Konzept, das regionale Cluster vorsieht und sowohl traditionelle Sektoren, in denen eine Expansion und Modernisierung erforderlich ist, als auch neue Sektoren einbezieht. Sie misst der Entwicklung von Tourismus, Fischerei und Landwirtschaft Priorität bei, sieht aber auch ein Potential in neuen Sektoren wie der Informations- und Kommunikationstechnologie, dem Offshore-Bankwesen und Finanzzentren. Die Expansion dieser Sektoren würde ihrer Ansicht nach die Modernisierung anderer unterstützender Wirtschaftszweige (z. B. Bau und Verkehr) und einen Kapazitätenaufbau erforderlich machen. Außerdem müssten die Beziehungen mit wichtigen internationalen und regionalen Handels- und Investitionspartnern ausgebaut werden. Die Regierung setzt sich im Rahmen der Beziehungen mit den

---

<sup>13</sup> Sechster nationaler Entwicklungsplan 2001-2005, Planungs- und Entwicklungsministerium.

Nachbarländern und der Mitgliedschaft in der Südasiatischen Vereinigung für regionale Zusammenarbeit (SAARC) ein. Sie hat enge bilaterale Beziehungen mit den EU-Mitgliedstaaten aufgebaut, da der Großteil der Touristen auf den Malediven aus dem Vereinigten Königreich und Italien kommt. Außerdem wurde die EU ein wichtiger internationaler Handelspartner für den zweitgrößten Wirtschaftssektor des Landes, der Thunfisch exportiert.

Der wichtigste Wirtschaftszweig des Landes, der Tourismus, wird durch den Gesamtplan 1996-2005 geregelt und gelenkt, in dem die Unterwasserwelt als besondere Attraktion ausgewiesen wird. Die Regierung verfolgte die Strategie, fern von Verkehr und Kommerz allein auf unbewohnten Inseln eine begrenzte Zahl hochwertiger Tourismusgebiete aufzubauen, was nicht mit einem Massentourismus für Reisende mit kleinem Budget vereinbar ist. Nun gelten die Malediven international als Modell für einen nachhaltigen, umweltverträglichen Tourismus. Das Land setzt sich mit aller Kraft dafür ein, die Umweltfolgen des Tourismus auf ein Mindestmaß zu begrenzen.

### 3.6. Soziale Sektoren/Armutsbekämpfung

Die Armut konzentriert sich auf den Malediven auf die abgelegenen Atolle. Rund die Hälfte der ärmsten Bevölkerungsgruppen lebt auf 50 Inseln.<sup>14</sup> Die Malediven haben kein Strategiepapier für Armutsbekämpfung erarbeitet. Ihre Armutsbekämpfungsstrategie wird vielmehr im Siebten nationalen Entwicklungsplan (2006-2010) der maledivischen Regierung dargelegt, in dem ein direkter Bezug zur Politik in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wohnung, Versorgungseinrichtungen, Beschäftigung, wirtschaftliche Entwicklung, Mobilisierung der Gemeinschaften, Förderung einer Bevölkerungsverdichtung und soziale Sicherheit hergestellt wird.

In der Regionalentwicklungsstrategie der Regierung wird versucht, die Armut durch die Förderung einer Bevölkerungsverdichtung zu bekämpfen. Die Entwicklung von „Schwerpunktinseln“ in jedem Atoll würde eine Zusammenführung der verstreuten Einwohner ermöglichen, wodurch diesen bessere soziale Einrichtungen und mehr Arbeitsmöglichkeiten offen stünden.

Im Zusammenhang mit sozialen Fragen und bezüglich der Gleichstellung von Frauen und Männern ist festzustellen, dass die maledivische Regierung bestimmte Arbeitnehmerrechte eingeschränkt hat und Frauen trotz der von der Regierung für sie aufgelegten Programme nach wie vor mit einer Vielzahl von rechtlichen und sozialen Nachteilen konfrontiert sind.

Die Malediven sind dem UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau beigetreten, nach dem die Staaten jegliche Diskriminierung beseitigen müssen, die Frauen daran hindert, ihre bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte umfassend wahrzunehmen. Die Regierung hat Maßnahmen ergriffen, um die Partizipation der Frauen als Atollchefs und in den

---

<sup>14</sup> „Vulnerability and Poverty Assessment 1998“, UNDP/Regierung der Malediven; „Poverty in South Asia 2003: Civil Society Perspectives“, South Asia Alliance for Poverty Eradication (SAAPE), Oktober 2003.

Frauenausschüssen der Inseln wie auch in den Atoll-Entwicklungsausschüssen zu erhöhen. 1998 richtete sie das Ministerium für Frauenfragen und soziale Sicherheit ein und brachte eine Initiative auf den Weg, um den Nationalen Frauenrat in einen Gleichstellungsrat umzuwandeln, in dem der Präsident den Vorsitz innehat. Das Familiengesetz vom Juli 2001 enthält Bestimmungen über die Stärkung der familiären Beziehungen, den Schutz der Frauenrechte, das Sorgerecht für Kinder, die Betreuung der Eltern im Alter und soll von Scheidungen abschrecken. Außerdem werden Frauenrechte garantiert und gestärkt.

#### 4. ÜBERBLICK ÜBER DIE BISHERIGE UND DIE LAUFENDE GEMEINSCHAFTSHILFE, IHRE KOORDINIERUNG UND KOHÄRENZ

Seit 1981 hat die Gemeinschaft insgesamt 5 Mio. EUR für die Malediven bereitgestellt. 2005-2006 wurden weitere 20 Mio. EUR für die humanitäre Hilfe und die Unterstützung des Wiederaufbaus nach dem Tsunami zugewiesen. Die technische Hilfe erfolgte über einen Rahmenvertrag für Beratungsleistungen, durch die die Malediven bei der Entwicklung ihrer Handelspolitik und der Verbesserung ihrer Fähigkeit, an den WTO-Verhandlungen teilzunehmen, unterstützt werden.

##### 4.1. Entwicklungshilfe

In den Jahren 1993 bis 1995 stellte die Gemeinschaft insgesamt 1,6 Mio. EUR für drei Projekte in den Bereichen Tourismus, Fischinspektion und Empowerment von Frauen zur Verfügung. Außerdem führte sie zwei regionale Projekte im Tourismussektor durch, die Schulungsmaßnahmen, technische Hilfe und die Unterstützung bei der Erstellung eines Gesamtplans für diesen Sektor umfassten.

Zusätzlich zur Entwicklungshilfe erhielten die Malediven im Zeitraum 1980 bis 1989 zweimal Nahrungsmittelhilfe: 1 500 Tonnen Reis im Wert von 239 000 EUR im Jahr 1980 und 100 Tonnen Soja im Wert von 19 000 EUR im Jahr 1982.

Im Bereich der Hochschulbildung können die Malediven seit 2004 am allgemeinen Erasmus-Mundus-Programm teilnehmen. Außerdem sind die Malediven eines der 16 asiatischen Länder, die über das Asien-Fenster des Programms gefördert werden können (10 Mio. EUR für 2005-2006). Auf diese Weise soll auch maledivischen Studenten die Teilnahme an europäischen Master-Studiengängen ermöglicht werden.

Die laufenden Hilfeprogramme wurden im Rahmen der nach dem Tsunami ergriffenen Maßnahmen (siehe Abschnitt 4.2) festgelegt. Da die Durchführung noch nicht abgeschlossen ist, liegen noch keine Informationen über besondere Probleme oder Ergebnisse vor.

##### 4.2. EG-Hilfe nach dem Tsunami

2005 wurden für das Land im Rahmen der humanitären Hilfe 2,7 Mio. EUR für die Installation von Wasserspeichern in Haushalten, für Gemeindegebäude, Notlager für Binnenvertriebene, beschädigte Schulen, die Instandsetzung von Abwassersystemen, von Kühlräumen und Gefriergeräten in beschädigten Krankenhäusern und von Häusern sowie

für Barleistungen für Beschäftigungsmaßnahmen und den Wiederaufbau von Existenzgrundlagen bereitgestellt. Zudem wurde über den Krisenreaktionsmechanismus für den Wiederaufbau der Häuser und das Konzept der „sicheren Inseln“ jeweils 1 Mio. EUR zur Verfügung gestellt. 2005 und 2006 wurden 2 Mio. EUR für die Wiederherstellung der Existenzgrundlagen und 14 Mio. EUR für die Entwicklung „sicherer Inseln“ ausgewiesen. Besonderes Augenmerk galt der Verknüpfung von Soforthilfe, Rehabilitation und Entwicklung. Daher wurde für die ECHO-Projekte ein ungewöhnlich langer Durchführungszeitraum (18 Monate) vorgesehen, der bei Bedarf eine Fortführung der Wiederaufbaumaßnahmen durch eine längerfristige Finanzierung ermöglichte.

Die begrenzten Ressourcen und insbesondere der Mangel an gut ausgebildeten Mitarbeitern in den Fachministerien werden bei der Verteilung der Aufgaben und Zuständigkeiten berücksichtigt. Ferner werden Zuweisungen für spezifische Maßnahmen zur technischen Unterstützung in Betracht gezogen.

#### 4.3. Wirtschaft und Handel

Im Dezember 2004 wurde eine Mission zur Ermittlung des Bedarfs der Malediven an handelsbezogener Hilfe entsandt. Diese empfahl bestimmte Maßnahmen<sup>15</sup> zur Verbesserung der Strategien der Regierung für den internationalen Handel und die Entwicklung des Handels. Auf der Grundlage dieser Empfehlungen leistete die EG technische Hilfe (2005-2006), um die Regierung bei der Entwicklung eines integrierten Konzepts für ihren handelspolitischen Rahmen und beim Ausbau von Forschungs- und Verhandlungskapazitäten zu unterstützen. Mit Hilfe eines zweiten Projekts (2005-2006) soll die Wettbewerbsfähigkeit des Fischereisektors verbessert werden.

#### 4.4. Koordinierung und Harmonisierung der Geber

Der Schwerpunkt der Gemeinschaftshilfe wurde festgelegt, nachdem geprüft wurde, in welche Bereiche der Großteil der nationalen Mittel und der Mittel anderer Geber fließt. Die Gemeinschaftshilfe ergänzt die Maßnahmen anderer Geber und baut auf Bereiche auf, die wie z. B. der Handel Kernkompetenzen der Gemeinschaft sind. Die Regierung und internationale Finanzinstitutionen konzentrieren sich auf größere Investitionsprojekte (Weltbank) und den übergeordneten makroökonomischen Rahmen (IWF). Darüber hinaus fördert die Kommission die Demokratisierung und die verantwortungsvolle Staatsführung, da sie in diesen Bereichen durch ihre Erfahrung einen Mehrwert bieten und die Reformagenda unterstützen kann.

Die Delegation der Kommission in Sri Lanka beteiligt sich aktiv an der Koordinierung der Geber und nimmt an von der British High Commission organisierten Informationssitzungen auf den Malediven teil. Da sehr wenige Mitgliedstaaten und andere Geber auf den Malediven Hilfsmaßnahmen durchführen, ist die Förderung groß angelegter Programme mehrerer Geber das wirksamste Mittel zur Gewährleistung der Harmonisierung und Koordinierung. Die Bereitstellung der Mittel über die Weltbank

---

<sup>15</sup> „Bedarfsermittlungsmission für die technische Unterstützung des Ausbaus der Handelskapazitäten und der wirtschaftlichen Entwicklung auf den Malediven“, IBM Belgien, EuropeAid/116548/C/SV/Los Nr. 6, 1.3.2005.

stellt die Harmonisierung der Verfahren sicher, wodurch der Verwaltungsaufwand für die Regierung verringert wird. Schließlich fungiert die EG als Mittler für den „Integrierten Rahmenplan“ für den Handel und bemüht sich darum, die Gebergemeinschaft in diesen Prozess einzubinden und die Gebermaßnahmen zu koordinieren.

Die Geber und die Regierung halten auf Ad-hoc-Basis Koordinierungssitzungen ab. Diese Bemühungen wurden beträchtlich verstärkt, als nach der Tsunami-Katastrophe neue Mittel ins Land flossen und viele neue Geber auf den Malediven aktiv wurden. Die Koordinierung erfolgt auf bilateraler Ebene über die Kommission, aber auch über Regierungsstrukturen (vor allem den TRRF), die für die Koordinierung der nach dem Tsunami zur Verfügung gestellten Mittel eingerichtet wurden.

#### 4.5 Konsultation der Zivilgesellschaft und anderer Partner

Da die Zivilgesellschaft auf den Malediven noch ganz in den Anfängen steckt, gibt es kein organisiertes Forum für Konsultationen der Zivilgesellschaft, und die Kommission kennt auch keine maledivische NRO, die in einen politischen Dialog einbezogen werden könnte. Die Oppositionsparteien sind dagegen gut organisiert. Die Delegation der Kommission in Sri Lanka steht in ständigem Dialog mit Vertretern der Opposition.

Die Delegation hat ferner an Treffen und Gesprächen mit anderen Akteuren wie Menschenrechtsorganisationen und regionalen NRO teilgenommen.

### 5. Die HILFESTRATEGIE DER GEMEINSCHAFT (INTERVENTIONSBEREICHE)

In den vergangenen zwanzig Jahren konnten die Malediven ein starkes soziales und wirtschaftliches Wachstum verzeichnen. Es gibt jedoch zwei Bereiche, in denen dringend Hilfe erforderlich ist: Zum einen ist die Förderung der *ökologischen Nachhaltigkeit* angesichts der empfindlichen Ökosysteme des Landes und der mit dem Anstieg des Meeresspiegels einhergehenden Bedrohung unabdingbar; zum anderen muss die *wirtschaftliche Entwicklung* vorangebracht werden, damit sich das Land von der Tsunami-Katastrophe erholen kann und es ihm gelingt, aus dem Kreis der am wenigsten entwickelten Länder auszuschneiden.

Da die Gemeinschaft ihre Entwicklungsanstrengungen und die verfügbaren Mittel bündeln muss, wird der Schwerpunkt der Länderstrategie auf der Förderung der **ökologischen Nachhaltigkeit durch Regionalentwicklung** liegen, was sich auch im nationalen Wiederaufbauprogramm der Regierung widerspiegelt. Hierbei wird das Konzept der „sicheren Inseln“ (Schwerpunktbereiche) zugrunde gelegt.

Diese Prioritäten tragen dem „Europäischen Konsens“ über Entwicklungsprioritäten<sup>16</sup> umfassend Rechnung, in dem die verantwortungsvolle Staatsführung, Menschenrechte und die wirtschaftliche Entwicklung als zentrale Themen der EU-Entwicklungspolitik

---

<sup>16</sup> Gemeinsame Erklärung zur Entwicklungspolitik der Europäischen Union, „Der Europäische Konsens“, 14820/05.

genannt werden. Außerdem entsprechen die Prioritäten den Bereichen, in denen die Gemeinschaft umfassendes Fachwissen und eine gute Kenntnis der Zusammenhänge erworben hat, was bei der Aufstellung der Programme und dem Monitoring einen zusätzlichen Nutzen bietet.

Die Gemeinschaft wird wie im vorliegenden LSP dargelegt diesen umfassenden politischen Rahmen durch handelsbezogene und wirtschaftliche Hilfe stärken. Im Rahmen der Nichtschwerpunktbereiche wird sie einen Beitrag zur Bewältigung der wirtschaftlichen Verluste infolge des Tsunamis leisten. Ferner wird sie die Demokratisierung und die verantwortungsvolle Staatsführung durch die Förderung der Menschenrechte und der Verfassungsreformen unterstützen.

In den Jahren 2007 bis 2013 werden im Rahmen des LSP insgesamt 10 Mio. EUR für die Malediven bereitgestellt. Das LSP wird in zwei Phasen – über das MRP 2007-2010 und das MRP 2011-2013 – umgesetzt. Die Kommission wird dabei ein Konzept verfolgen, das mit anderen Gebern wie der Weltbank und dem UNDP abgestimmt ist. Sie wird auf früheren Hilfemaßnahmen und insbesondere der Wiederaufbauhilfe nach dem Tsunami aufbauen und diese ergänzen.

#### 5.1. Schwerpunktbereich Regionalentwicklung

Um die Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, muss die Strategie dazu beitragen, dass auf internationaler und nationaler Ebene Maßnahmen ergriffen werden, um die Gefährdung der Malediven durch Naturkatastrophen einzudämmen.

Auf internationaler Ebene wird die EG das Land unterstützen, damit seine „Stimme“ mehr Gehör erhält, wenn es sich in internationalen Foren zum Klimawandel wie auch in bilateralen Kampagnen um die Unterstützung von Organisationen und Staaten bemühen, die ihm in seinem Überlebenskampf zur Seite stehen können.

Auf nationaler Ebene wird die EG die Regierung bei der Entwicklung sichererer und nachhaltiger entwickelter Inseln unterstützen. Eine wichtige Komponente dieser Strategie ist die ökologische Nachhaltigkeit. Sie deckt aber auch soziale Fragen ab und verfolgt insbesondere das Ziel der Armutsbekämpfung. Da die Abgelegenheit der Inseln und die fehlenden Infrastrukturen auf den Atollen die Hauptursache der Armut sind, soll die Armutsbekämpfung über die Erzielung von Größenvorteilen bei der Erbringung öffentlicher und privater Dienstleistungen auf den Atollen und die Verbesserung der Qualität der Dienstleistungen erreicht werden. Zudem werden die Menschen ermutigt, auf den Atollen zu bleiben, indem die mit dem Anstieg des Meeresspiegels verbundenen Risiken durch eine bessere Umweltplanung verringert werden.

Die EG wird ferner nationale Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und des jüngsten drastischen Anstiegs des Drogenmissbrauchs bei Jugendlichen unterstützen.

Auf den „sicheren Inseln“ wird die Gemeinschaft die Entwicklung nachhaltiger Infrastrukturdienste unterstützen (z. B. Trinkwasserversorgung, nachhaltige und bezahlbare Energiedienstleistungen, Förderung erneuerbarer Energien und einer effizienteren Energienutzung, Luft- und Seeverkehr, angemessene Abwasser- und Abfallentsorgung sowie Schutz der empfindlichen Korallenriffe). Darüber hinaus wird sie im Rahmen dieser Strategie den Aufbau angemessener Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen<sup>17</sup> wie auch sozialer Dienste und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern. Sie wird Maßnahmen zur Stärkung der ordnungspolitischen Strukturen unterstützen und in diesem Zusammenhang beispielsweise einen Beitrag zum Ausbau der Kapazitäten der lokalen und der nationalen Regierungsstellen leisten, deren Schwäche derzeit die langfristige Entwicklung des Landes hemmt. Diese Einrichtungen werden die „sicheren Inseln“ für Familien attraktiv machen und zur Deckung des steigenden Bedarfs an besseren Schulen und Krankenhäusern auf den Atollen beitragen. Die „sicheren Inseln“ würden nicht nur die Abhängigkeit des Landes von Male verringern, sondern als Wirtschaftszentren auch die Diversifizierung und Stärkung der lokalen und nationalen Wirtschaft sowie die Schaffung besserer Beschäftigungsmöglichkeiten für die steigende Zahl der jugendlichen Arbeitssuchenden erleichtern.

Im Bereich des Luftverkehrs sollte ein intensiver Dialog aufgenommen werden, um die Beziehungen mit relevanten Partnern auszubauen.

Die Gemeinschaft wird anregen, dass lokale Gemeinschaften zu Entscheidungen konsultiert werden, die sich auf die lokale Regierungsführung, die Regionalentwicklung und den Bedarf sozial schwacher Gruppen (z.B. von Frauen geleitete Haushalte, alte Menschen und Behinderte) beziehen. Ferner wird sie sich dafür einsetzen, dass das Konzept der „sicheren Inseln“ für die Entwicklung einer starken Zivilgesellschaft genutzt wird, die ein wichtiger Teil jeder Demokratie ist. Geschlechtsspezifische Probleme und kulturelle Ungleichheiten werden durch die Erhöhung des Entwicklungsstands auf den weniger entwickelten Inseln und die Stärkung der Rolle der Frau gemildert.

Das mit dieser Strategie verbundene Risiko besteht darin, dass sie sich als sehr kostenintensiv erweisen könnte. Da alles importiert werden muss, erhöhen sich die Kosten der grundlegenden Materialien beträchtlich. Dies könnte den Entwicklungserfolg und die Nachhaltigkeit der Entwicklung beeinträchtigen. Ein anderes Risiko besteht darin, dass nicht genügend Familien auf die sicheren Inseln abwandern wollen, obwohl die Umsiedlungsbereitschaft nach dem Tsunami gestiegen ist und viele Menschen umsiedeln wollen. Außerdem hängt der Erfolg dieser Pläne auch von der kontinuierlichen politischen Unterstützung durch die Regierung ab.

## 5.2. Nichtschwerpunktbereiche

Parallel zur Förderung der Entwicklung von „Schwerpunktinseln“/„sicheren Inseln“ wird die Gemeinschaft einen Teil ihres Entwicklungsprogramms im Rahmen von Nichtschwerpunktbereichen durchführen.

---

<sup>17</sup> Im Rahmen der nationalen Gesundheits- und Bildungspolitik.



Der erste Nichtschwerpunktbereich ist die **wirtschaftliche Zusammenarbeit**. Das beträchtliche Wirtschaftswachstum, das die Malediven in den vergangenen Jahren erzielen konnten, sollte durch eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit aufrechterhalten werden. Die Gemeinschaft wird weiterhin eine gewisse Flexibilität unterstützen, damit sich das Land von den wirtschaftlichen Verlusten infolge der im Tourismus und der Fischerei durch den Tsunami verursachten Schäden genügend erholen kann. Der Handel ist für die wirtschaftliche Entwicklung der Malediven von großer Bedeutung und muss daher in der gesamten Entwicklungspolitik des Landes systematisch berücksichtigt werden. Ferner muss auf die Kohärenz mit anderen Politikfeldern (z. B. Industrie, Wettbewerb, Beschäftigung) geachtet werden. Die Malediven benötigen eine Handelspolitik, die nicht nur dem Entwicklungsbedarf, sondern auch den Verpflichtungen und Chancen Rechnung trägt, die mit der Mitgliedschaft im internationalen Handelssystem (WTO, SAFTA, bilaterale Beziehungen) verbunden sind. Die Gemeinschaft wird die Strategie für die Diversifizierung der Wirtschaft und die Bemühungen des Landes um seine Eingliederung in die Weltwirtschaft unterstützen, indem sie einen Beitrag zum Ausbau seiner Handelskapazitäten leistet. Die Kommission könnte dabei die Empfehlungen aus der Bedarfsbewertung für den Handel aus dem Jahr 2005<sup>18</sup> und die Erkenntnisse aus dem laufenden IF-Prozess berücksichtigen, für den bereits ein Entwurf einer Studie zur Handelsintegration erstellt wurde. Die Kommission hat über Rahmenverträge zwei Fachleute zur Verfügung gestellt, um in den Jahren 2005 bis 2006 den Ausbau der Kapazitäten für die Handelspolitik und die internationalen Handelsverhandlungen zu fördern, sowie einen weiteren Experten, um den 2007 beginnenden IF-Vermittlungsprozess zu unterstützen. Ihre künftige handelsbezogene Hilfe für die Malediven würde auf diesen beiden Maßnahmen aufbauen.

Der zweite Nichtschwerpunktbereich ist der Bereich **Demokratisierung und verantwortungsvolle Staatsführung**. Die Kommission wird ihre bilateralen Gespräche über Menschenrechte und Verfassungsreformen mit der maledivischen Regierung, dem Commonwealth-Sekretariat und den politischen Parteien fortsetzen. Sie wird dafür Sorge tragen, dass die Stärkung des verantwortungsvollen Regierungshandelns in den Bereichen Umwelt und Wirtschaft, Gleichstellungsfragen, die Anerkennung der Arbeitnehmerrechte und die Förderung lokaler Kulturen in ihren Strategien berücksichtigt werden. Im Rahmen der Förderung der verantwortungsvollen Staatsführung, Demokratie, Menschenrechte und institutionellen Reform, die durch das DCI ermöglicht werden soll, und insbesondere im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit und der Reform der Politik in den Bereichen Freiheit und Sicherheit, könnte die Kommission Maßnahmen ergreifen, die den OECD-DAC-Leitlinien umfassend Rechnung tragen und auch maßgebliche Schlussfolgerungen des Europäischen Rates berücksichtigen.

### 5.3. Koordinierung mit anderen Gebern

In Abschnitt 4.4 (Koordinierung und Harmonisierung der Geber) werden die wichtigsten aktuellen und künftigen Koordinierungsmaßnahmen genannt, zu denen insbesondere die

---

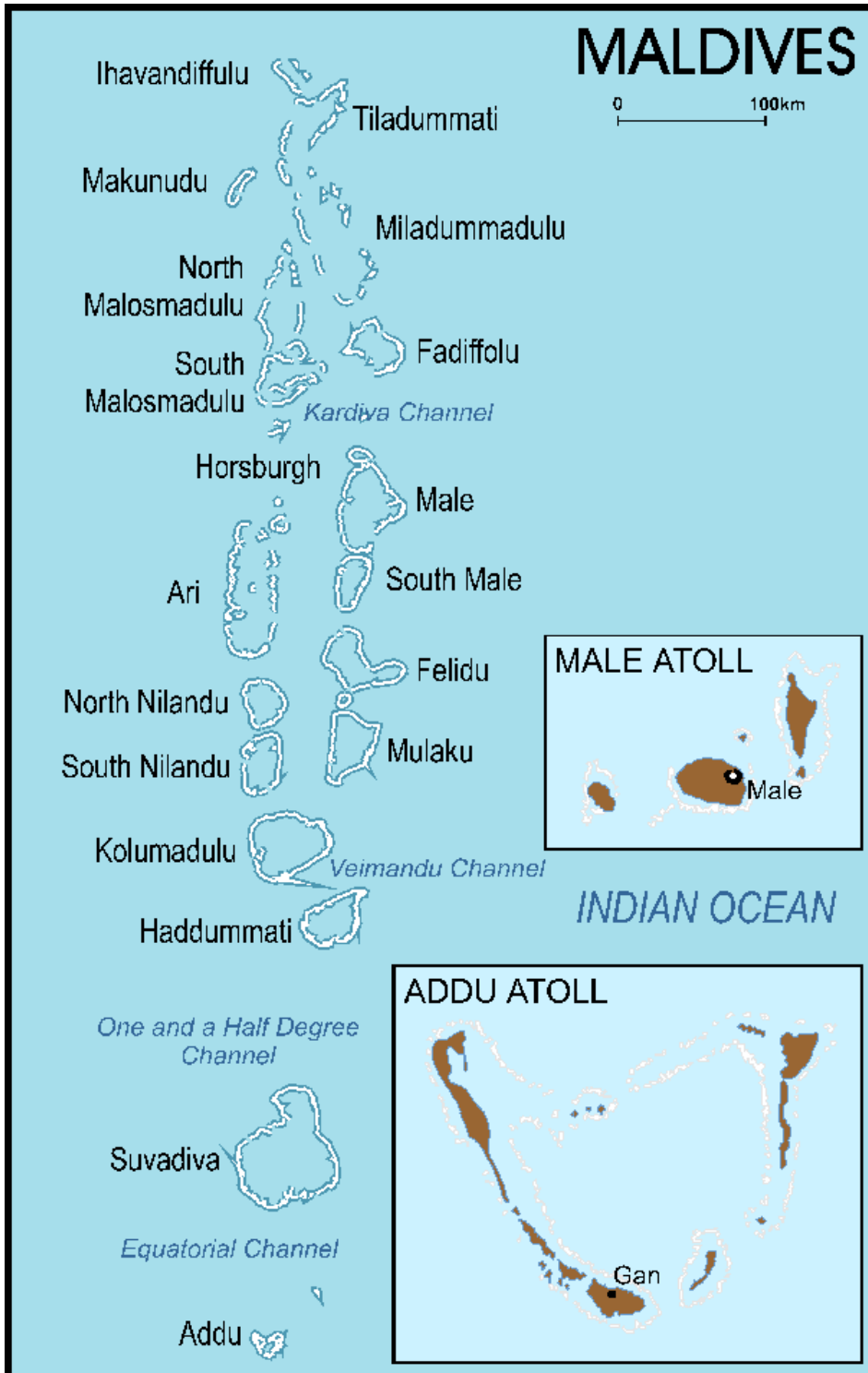
<sup>18</sup> „Bedarfsermittlungsmission für die technische Unterstützung des Ausbaus der Handelskapazitäten und der wirtschaftlichen Entwicklung auf den Malediven“, IBM Belgien, EuropeAid/116548/C/SV/Los Nr. 6, 1.3.2005.

Abstimmung mit EU-Mitgliedstaaten und anderen Entwicklungshilfeeinrichtungen zählen. In diesem Zusammenhang sind jedoch auch folgende Aspekte von Bedeutung:

1. Die Bewertung des Bedarfs in Zusammenarbeit mit der Regierung und anderen Gebern. In der Phase der Bedarfsermittlung wird die Gemeinschaft sicherstellen, dass ihre Maßnahmen auf die allgemeinen Pläne der Regierung abgestimmt sind und eine Ergänzung zu den von anderen Gebern geplanten Maßnahmen darstellen. Dies muss insbesondere im Zusammenhang mit den Maßnahmen internationaler Finanzinstitutionen gewährleistet werden.
2. Die Koordinierung der Durchführung geplanter Maßnahmen mit nationalen Behörden, die für den betreffenden Entwicklungsbereich relevant sind.
3. Die Bemühungen um gemeinsame Maßnahmen. Eine wichtige Schlussfolgerung der EU-Strategien zur Steigerung der Wirksamkeit der Hilfe lautet, dass die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen zu einer Steigerung der Effizienz (geringere Bürokratiekosten durch ein System anstelle von vielen Systemen) und Wirksamkeit (größere Wirkung durch Größenvorteile) beitragen. Daher wird sich die Kommission bei ihren Projekten weiterhin um eine direkte Zusammenarbeit mit anderen Gebern bemühen.
4. Die Eigenverantwortlichkeit der Regierung und die Einbeziehung der Gemeinschaften sind Kernelemente früherer erfolgreicher Projekte auf den Malediven und in anderen Ländern. Daher wird versucht, die aktive Mitwirkung der maledivischen Regierung in jeder Phase sicherzustellen.

ANNEXES

Annex 1. Map of the Maldives



## Annex 2. Country at a glance

<b>Land area</b> 298 sq Km	<b>Population</b> 289,000 (2005 est.)	<b>Population density</b> 1171 per sq km
<b>Population of main town Male'</b> : 81,000 (2004)		
<b>Annual population change</b> (% per year) Year 2000: +1.5%; Year 2001: +2.2%; Year 2002: +1.6%; Year 2003: +1.6% Year 2004: ;Year 2005: +2.82% (est.)		

### Economic Summary

Indicator	2001	2002	2003	2004	2005 Pre- Tsunami est.	2005 Post- Tsunami est.
Real GDP growth (%)	3.5	6.5	8.5	8.8	7.5	-3.6
GDP US\$ millions (p.p.p.)	627	640.7	690.8	799.6	866.0	816.4
Exports US\$ millions	110	132.3	151.9	181	188.2	169.6
Imports US\$ millions	346.3	344.7	414.3	567.3	568.5	686.8
Fiscal deficit (% GDP)	4.7	4.9	3.4	1.7		12.3

Source: World Bank, IMF 2005 Article IV Consultations

### Selected Social Indicators

<b>Indicator</b>	<b>Year 2001</b>	<b>Year 2002</b>	<b>Year 2003</b>
Adult literacy rate over 15s %	96.9	97.1	97.2
Primary school enrolment %	96.2	92.4	
Secondary school enrolment %		51.4	
Life expectancy at birth	62.5	67.2	68
Underweight children <5 (%)	30	29	43
<5 mortality rate (per 1,000 live births)	77	74	72
Maternal mortality rate (per 100,000 live births)	145	159	100
Children <2 fully immunised (%)			
Infants <1 fully immunised (%)	99	99	99
Births supervised by trained personnel (%)	70.3	70	
Households with access to safe water (%)		84	100

**Annex 3. EC cooperation CSP 2000-2006 period**

**EC COOPERATION**

**Tsunami Aid for the Maldives 2005-2006**

<p align="center"><b>Humanitarian Aid</b> Total €2.7 million</p>	<p align="center"><b>Reconstruction Aid</b> Total €17 million</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Installation of water tanks in damaged schools</li> <li>▪ Reparation of small bore sewage systems</li> <li>▪ Restoration of cold rooms and freezers in damaged hospitals</li> <li>▪ Reparation of houses</li> <li>▪ Restart of activities in fishing and agriculture sectors</li> </ul>	<p align="center"><u>Rapid Reaction Mechanism</u> €1 million in 2005:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Contribution to emergency housing reconstruction on one or more “safe islands”</li> </ul> <p align="center"><u>ALA funding</u> €16 million over 2005-2006:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Restarting of livelihoods (UNDP)</li> <li>▪ Development of safer and more sustainable islands to better protect the population from natural disasters (Tsunami Relief and Rehabilitation Fund)</li> </ul>

**Annex 4. Donor Matrix for Tsunami reconstruction funding**  
**Amounts are in millions of USD (source Government of Maldives)**

The table focuses on Tsunami reconstruction funding as other interventions are rather limited, both in terms of scope and funding.

Donor Sector of concentration	Rehabilitation	Health and Education	Safer islands development	Housing	Water and sanitation	Fisheries	Tourism	Transport	Miscellaneous	Total
<b>Multilateral</b>										
ADB					5	3,2		3,6	11,2	23
World Bank		5							9	14
UNDP				10,7				4,2	7,9	22,8
Other UN		13,5		0,4	1,8	1,1			1,8	18,2
<b>EC</b>	2,7		14	1					2	19,7
EIB							50			50
<b>Bilateral</b>										
EU MS										
- NL								10,2		10,2
Other Bilateral				3,8	4,1	3,7		14,2	7,4	33,2
<b>Others including Tsunami appeal responses (NGOs, Red Cross...)</b>		6,4		64,6	14,9				36,4	122,3
<b>Total</b>	<b>2,7</b>	<b>24,9</b>	<b>14</b>	<b>80,5</b>	<b>25,8</b>	<b>8</b>	<b>50</b>	<b>32,2</b>	<b>75,7</b>	<b>313,4</b>

## **Annex 5 Country Environmental Profile**

The Country Environmental Profile (CEP) was undertaken by the EC during 2005. The main objective was to identify issues that needed to be considered for the Country Strategy Paper (2007-13).

### **State of the environment**

The tropical island environment and the marine biological diversity of the Maldives have proved to be unique marketable assets, in a country, which is devoid of any other commercially exploitable resources. Therefore habitat destruction and over-exploitation are some of the major threats to its biological diversity. In addition, effects of global warming are a major concern because of its adverse impact on the coral reefs. The country is no exception to the global problem of loss of biodiversity. Marine biodiversity is threatened by coastal development activities, including harbour development, land reclamation and coastal protection, increased demand of natural resources due to population expansion and rapid economic development. Land clearance for housing endangers the sparse terrestrial biodiversity of many islands particularly the densely populated islands as nearly 300,000 inhabitants have to share 300 square km of islands. As the emission of greenhouse gas will increase by 65 % over the next 25 years with dramatic consequences on climate change, increase in sea temperature due to climate change is already a major threat to the coral reefs of Maldives.

Maldives' population and economy have to take into serious consideration threats such as global warming and sea level rise caused by activities elsewhere that will subject Maldives to frequent natural disasters and erode its unique natural advantages currently enjoyed by the country in the long run. The recent tsunami has severely affected the inhabited islands mainly with regard to local population livelihoods. Moreover revenues from tourism have severely decreased for several consecutive months. Such a degree of vulnerability, associated with low level of economic diversification, means that structurally the Maldives will still face several economical and environmental challenges.

The economic foundation of the country is very narrow, as well as its human resources are developed insufficiently to sustain a dynamic, knowledge-based economy. Fisheries producers are exposed to periodic constraints of earning linked to external price fluctuations. Tourism sector is vulnerable to a number of natural and manmade threats. A decline in either the tourism or the fisheries industry could have a serious impact on the cost and the standard of living, development activities, provision of public services, level of domestic economic activity and employment in the Maldives. The underemployment level is high as people are poorly trained for medium level jobs. There is a general lack of qualified personnel in various sectors of the economy. The expansion of secondary school curricula to include more studies on the specific environmental issues of the Maldives should be undertaken as well as research to establish sound foundations for environmental education should be fostered. Special efforts should be undertaken to enhance environmental education in the training of the teachers. Qualified Maldivian



personnel are particularly reluctant to accept jobs in remote islands. There is still a lack of associating the population to the benefits of the tourism sector.

There is malnutrition still present in many inhabited islands due to a lack of a diversified alimentation. Poverty level is still severe as 42 % of the population still lives with 1 Euro/day, mostly in remote areas. Many inhabitants of isolated islands do not have access to hospitals and basic social services. Unsafe waste disposals and non-adapted sewerage systems represent a continuous threat for the health of the population. Transport represents 40% of any governmental projects high cost. The country is highly dependent on fossil energy as alternative energy sources are poorly developed. Many environmental recommendations for guidelines have been proposed by the MEC in several sectors. Despite the fact that the country has also joint a number of international environmental agreements, there is still a great need of regulation enforcement, monitoring and inspection capacity.

The tsunami of 26 December 2004 was the country's greatest natural disaster ever. When loss of life, fortunately low, physical damage on many islands was great. A curtailment of peak-season tourism means that growth will plummet in 2005, but should rebound in 2006 as the tourist facilities themselves are largely intact. However, substantial aid will be required for the reconstruction of infrastructure necessary to sustain the past high-growth path that had reduced poverty in previous years. The tsunami has set back the high levels of social progress and prosperity achieved in recent years. Severe damage was caused to houses, tourist resorts, boats and other fishing equipment, schools, health facilities, transport and communication equipment, water and sanitation, and electricity infrastructure. There is high environmental damage and substantial soil erosion on many affected islands which to great extent rely on agriculture and home based market gardening for their livelihoods.

The transition of the physical damage into an economic shock occurred to a large extent through contraction of the tourism and fisheries sectors, which sustained the largest losses. Lost tourism and fisheries income cause the reduction of GDP growth, employment, and government revenues. The revival of the Maldivian economy depends critically on how rapidly the two leading sectors, tourism and fisheries, recover. Proper environmental management is more than ever a sensitive issue for the sustainable economic growth. Public financing for the reconstruction of lost or damaged assets and infrastructure, and for temporary income support to the affected, should take into a close consideration a lot of physical / biological / human / social / economical factors linked to environment issues: sea level rise, tsunami risks, fresh water supply, sustainable solid waste and sewerage management, adapted energy supply.

The recent disaster has yet again underlined the critical importance of providing environmentally safe zones for isolated communities living in distant islands that are largely exposed to the dangers of wave action, erosion and flooding. Meanwhile the strategy to regroup population is not sufficient to create the framework of sustainable development. The GoM promotes the Safe Island Policy to develop measures to mitigate

ecological disasters and enable the communities to sustain social and economical development. In terms of impacts on the Government's long-term development strategy, the tsunami has reinforced the established policy of encouraging voluntary population movements to the less vulnerable islands, which has now assumed even greater urgency than in the past. This policy aims to mitigate the risks of future tsunamis and rising sea levels, help realise economies of scale in the strengthening of public and private services, improve welfare, and help retain the population in the selected safe islands.

## **Conclusions**

While the Maldives economy is highly dependant on 2 sectors directly linked to natural resources, the country faces a lack of natural resources to improve the welfare of its population. Many of the communities among the 200 inhabited islands are subjected to extreme hardships and vulnerability, because of high population density or environmental problems such as land erosion, desertification and fresh water depletion. Food products (except fish), fossil energy and construction materials such as wood have to be imported. Inadequate access to good quality health care and education also contributes to the poverty in the Maldives, particularly in the Atolls. Poverty is also further aggravated by lack of access to adequate transport and communication services, drinking water, electricity and essential consumer goods.

Though possible adaptation strategies to climate change are identified, the country lacks the capacity to adapt both financially and technically. Human resources capacity building in all major sectors is identified as a critical component in order to successfully respond to the impacts of climate change.

In education, the overall learning achievement among primary students is very low and a significant gap exists between Male' and the Atolls population. Secondary terminal examinations also show poor results. The low quality of education is the result of 40 percent of the teachers being untrained, lack of teaching/learning facilities and lack of an adequate national system to manage, monitor and supervise education process.

The ever-increasing consumption of imported fuel for electricity generation and in sectors such as fisheries, tourism, and transport is an issue of concern. Although the country' equatorial exposure to sunlight would seem to make the country especially conducive to solar power, this clean, renewable and abundant source has scarcely been tapped to date.

In the tourism sector, there is a lack of prospect of alternatives for higher financial return to the population.

In order to reduce the concentration of economic opportunities in Male' and to ensure a broader based equitable development, the GOM promotes the regional development process including economic development, provision of health care services, education and infrastructure. Regional development is designed with the principle of sustainable development and aimed at promoting, expanding and strengthening of economic

diversification. A Regional Development Management Office (RDMO) will be set up in any of the 5 regions defined as North/North Centre/Centre/South Centre/ South. Actually only 2 offices are operational while facing deficiency of management capacity.

The Safe Island Policy promotes the concentration of dispersed population on safer islands. Many investments need to be realised in order to help settle the newcomers: construction of schools, hospitals, housing, sea shelter, drainage zone, desalination plants, airport and development of income generating activities. This programme shows clear challenges of promoting environmentally friendly activities such as alternative energy sources, sustainable solid waste and sewerage systems, coastal management.... Meanwhile land reclamation could lead to severe environmental damages and risks to the population due to the loss of natural barriers such as coastal reefs and mangroves.

### **Recommendations for future EC assistance**

The following recommendations are related to possible EC projects for the CSP period 2007-2013 according to its priority to support the Safe Island Policy.

As the Maldives is one of the world countries facing the highest environmental stress, livelihood development through the sustainable management of its natural resources will provide its population with new types of income generating activities and also train them to live in a closer positive relations with the environment. Environment should be regarded more as a vulnerable friend rather than a menacing enemy. Safe islands are considered as growth centres. Environment should be more related to creation of employment as most of the state revenue depends on the sustainable management of natural resources. There should be promotion of resort development involving a higher financial return for the Maldivian population. Environment friendly activities should be prioritised in the Safe islands such as smoked tuna factories, clean energy production, solar desalination plants, organic agriculture, raw fish and bioethical restaurants... It should be necessary to increase the environmental standards for any human related activities that could have a negative environmental impact. The standard ISO 14001 should be adopted as much as possible.

The secondary curriculum needs to be diversified to meet the needs of the growing number of secondary students and to make learning more relevant to social and economic needs. Emphasis has to be made on expanding higher education opportunities, facilitating private sector participation in education, and increasing the number of local secondary school teachers. Establishment of good governance is also needed through community-based system for sustainable management of marine resources and promoting sustainable use of fish resources at the grassroots level through formal, non-formal, and adult education system. Apart from a general need of qualified medical personnel, training in public health issues is also necessary since it is closely linked to the environmental concerns.

In the Safe Islands, it is recommended to adopt a communal sewerage system rather than individual ones. The burning of garbage with a co-generation system has the advantage of

producing electricity and reducing the volume of garbage. Alternative sources of renewable energy have to be tapped to reduce the dependence on imported fuel. Measures need to be taken to introduce alternative sources of energy. Any process of land reclamation should consider the risk for its population facing the loss of natural protecting zones as coral reefs and mangroves.

It is recommended to support the decentralised process of regional management with capacity building and training courses. This support should help the RDMOs in defining the best development strategies in poverty alleviation and regional development. The EC Safe Island support programme to Muli and Kudahuvadhoo should be realised through the strengthening of the RDMO of the South Centre region.